

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 15. November 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsliteratur usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 132.

Des Buftags wegen erscheint Nr. 133 erst Sonnabend, den 19. November.

Verband und Gutenbergbund

einerbauliches Kapitel über wirkliche und vorgetäufchte Leistungsfähigkeit.

Der Verband verspricht viel, aber hält wenig.

Also sprach auf dem Breslauer Kriegsrat ein Mann, des Name zu Anfang dieses Jahres in einem historischen Städtchen in dem andren Sachsen, von dem aus der „Korr.“ seine blinderische und sonstige Machenschaften aufhellenden Blätter nicht ausschicken kann, zu einem ergötzlichen Wortspiel Anlaß gab. Wie von jenem erleuchteten Haupt aus der Stadt an einem vielbesungenen Flusse, wo die Wortspiele überhaupt zu Hause sind, deren Ruhm im besondern aber durch eine delikate Schlackwurft, knusprigen Honigkuchen und eine Lattcher genaunte Sorte von Edelmenschen hinausgetragen wird, bei besagter Gelegenheit, so kann man es überall hören, wo eine Ubart von Buchdrucker das Gehege ihrer Zähne öffnet zu Lob und Preis ihres Tugendbundes. Auch in einem Blatte, dessen Weltbedeutung die Zeitungskönige von Newyork, London, Paris und Berlin neidlos anerkennen müssen, ist ständig zu lesen, wie prächtlich der große Verband der richtigen Buchdrucker immer tut und wie wenig dahinter steckt. Ferner haben es während bald zwei Jahrzehnten Tausende von Flugschriften eindringlich erzählt, wie groß und stolz die Taten und Leistungen des gedachten Tugendbundes, und wie schwach und ärmlich dagegen das erscheint, was der ruhmredige Verband aufzuweisen vermag.

Auch neuerdings verkünden wieder Posaunenstöße von Berlin, M. Gladbach, Köln und München aus des herrlichen und christlichen Tugendbundes Macht und Größe. Und in Deutschlands Gauen wird es an den Orten, wo der Sonne sonst so siegreiche Kraft das Dunkel gewisser Menschenköpfe nicht zu erhellen vermag, gläubig nachgebetet, was der „Typograph“, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften und „Der treue Kamerad“ der süddeutschen katholischen Jugendvereinigungen wenn nicht wörtlich, so aber doch im Sinne jenes Delegates aus der so viel berühmten Stadt vorkau: „Der Verband verspricht viel, aber hält wenig“.

Nur um ad oculos zu zeigen, daß die Reklame-trommel für den Tugendbund in der Tat mit großem Rechte geschlagen wird, daß des Verbandes Gespreizte schon an Schaumschlägerer grenzt und auf diesem Erdenrunde nichts so wahr, echt und imponierend ist als der Zahlenparademarsch der Tugendbündler, ergreift der „Korr.“ zu diesem Kapitel das Wort. Liegt uns doch nichts mehr am Herzen, als dem Tugendbunde zu seiner vollen Bedeutung zu verhelfen. Schwache Versuche dazu sind vom „Korr.“ ja schon seit 17 Jahren und zuletzt in den Nummern 123, 123, 124 und 126 gemacht worden, aber es muß dem Tugendbunde noch mehr Gerechtigkeit widerfahren. Auf daß sein Name rühmend genannt werde von Dausenau bis Leipzigerdingen und von Grafenau bis Klauspuszen! Wenn dem doppelt gekrönten Haupt in des Tugendbundes ausgebeuteten Landen dann Tränen der Freude aus den glückstrahlenden Augen quillen

und nicht nur dann und wann ein Tropfenfall, sondern in Strömen gleich die Freudenströme über die geröteten Wangen fließen, wenn Paul der Thränenreiche mit noch mehr Stolz als einst Karl V. sagen wird: In meinem Reiche geht die Sonne nicht unter — dann wollen wir es genug sein lassen! Dann ist der Tugendbund zu seinem ihm so mißgünstigen Rechte gekommen, und vom Verbands weiß man dann, was wirklich ist.

Tatsache ist nämlich, daß der Verband gleich jeder andren Gewerkschaft und auch gleich dem Tugendbund und der Prinzipalkasse lediglich aus versicherungstechnischen Gründen seinen Leistungen einen freiwilligen Charakter gibt. Der Tugendbund aber behauptet von sich gern das Gegenteil und zieht die Gewährleistung der Rechte im Verband ungefähr immer so in Zweifel, wie es z. B. in einem von Paul Thränert gezeichneten Flugblatte folgendermaßen geschah: „Tausende von Kollegen haben die segensreiche Wirksamkeit unsrer Organisation empfunden und stehen um so treuer zu ihr, als diese ihre Anrechte in jeder Weise sichergestellt. ... Da dies nun aber (im Verbands. Red.) nicht der Fall ist, so schweben diese Ansprüche der Mitglieder in der Luft“. ... Wo das In-der-Luft-Schweben tatsächlich zutrifft, ersieht man am deutlichsten an einer Gegenüberstellung der betreffenden statutarischen Bestimmung.

Im Verband:
Alle in den §§ 7—10 aufgeführten Unterstüzungen sind freiwillige, ein gerichtliches Klagebares Recht oder ein sonstiger Rechtsanspruch auf dieselben steht keinem Mitgliede zu.

Im Gutenbergbund:
Die Höhe jeder der aufgeführten Unterstüzungen wird nach dem Stande des Bundesvermögens bemessen und von der Generalversammlung festgesetzt. Die Klassen des Gutenbergbundes sind keine Unterstüzungskassen im Sinne des Gesetzes. Ein Klagebares Recht auf bestimmte Anrechte und Unterstüzungen steht den Mitgliedern nicht zu.

Der Tugendbund ist demnach als Sicherheitsventil gar nicht etwa einseitig; er betätigt diese seine ihm von dem letzten legitimen Inhaber des Redaktions-schemels attestierte Eigenschaft nicht nur auf tariflichem Gebiete. In seinem Unterstüzungsweise zieht er vielmehr die Sicherheitsrauben so fest an, daß von einem Anrecht überhaupt nicht mehr zu sprechen ist, denn auch nach dem Inhalte des Bundesstatutes sollen die Ansprüche Bemessung finden. Der Vorbehalt sind weit mehr, als es die Rücksicht auf die Gesetze erfordert. Im Verbands hingegen beschränkt sich die Vorbehaltsklausel auf das Unvermeidlichste. Um mit Herrn Thränert zu reden, der übrigens dem Fremdwörtertschätze des überchristlichen Hofstätt damit eine Anleihe entnimmt, so find das „falschliche Kniffe“, auf gut deutsch: betrügerische Vorspiegelungen. Mit welcher Berechtigung St. Paulus uns solcher Manipulationen zeigen kann (weil der „Korr.“ den Generalversammlungszauber des Tugendbundes aufdeckte), werden wir noch weiter sehen.

Die Leistungen und Unterstüzungs-einrichtungen im Tugendbunde sind früher schon und werden auch jetzt noch zum Verbunkeln des vom Verband in humanitärer Beziehung Gebotenen mächtig herausgeföhren. Der „Typ.“ schrieb erst in seiner Nummer vom 4. November dieses Jahres:

„Daß sich der Gutenbergbund mit seinen Leistungen und seinen Unterstüzungs-einrichtungen durchaus sehen lassen kann, wissen nicht nur unsre und die Verbandsmitglieder, sondern auch die „Korr.“-Redaktion recht genau“. Nicht lange nach Erscheinen des Thränert'schen Werberufs mit den „falschlichen Kniffe“ bezüglich der beiderseitigen Sicherheit der Unterstüzungsansprüche schrieb der „Typ.“, der Tugendbund habe seine Unterstüzungs-zweige in geradezu vorbildlicher Weise ausgebaut. In einem älteren Flugblatte der Hauptleitung heißt es, der Tugendbund dürfte hinsichtlich der Unterstüzung seiner Mitglieder in allen Notlagen des Lebens an erster Stelle marschieren. Ein andres Pasquill gegen den Verband läßt den Tugendbund in seinen Unterstüzungsleistungen nicht im mindesten nachsehen. Vergnügen wir uns mit diesen wenigen von vielen vorhandenen Beweisen abschätzlicher Täuschung in gedachter Richtung. Wie genau die Redaktion des „Korr.“ die Leistungen des im Laufe der Jahre nicht besser, sondern gar noch „christlich“ gewordenen Tugendbundes kennt, wird sie an der umstehenden Stufenleiter der einzelnen Unterstüzungen hüben und drüben zeigen.

Jede Position und jede Zahl in dieser verblüffend drastischen Gegenüberstellung spricht Bände. Das Ruhmesgemälde, mit dem sich der Tugendbund speziell hinsichtlich seiner Leistungen von jeder Befleckung hat und von dem im vorausgegangenen nur einige Kostproben unsren Lesern gegeben wurden, was ist es anders als einer der bewußten „falschlichen Kniffe“? Das ist die „leistungsfähige Organisation“, nicht wie sie von Thränert in seinem Flugblatt im Gegenfaze zum Verbands so herausgestrichen wurde, sondern wie sie in Wirklichkeit ausschaut! Gatten wir da nicht das größte Recht, in Nr. 126, als im Artikel V der „Streifzüge“ auf die Leistungen und die Unterstüzungs-einrichtungen des Tugendbundes ein Brennstahl gerichtet wurde, zu behaupten:

Mit den „großartigen Leistungen“ im Gutenbergbunde steht es bei Nichts bescheiden also recht windig aus. Wenn bei der Agitation mit den Unterstüzungs-einrichtungen der Mund weiter so voll genommen wird, dann weiß man nunmehr wohl, daß auch in dieser Beziehung beim Bunde die Wahrheit weitab von den Behauptungen liegt.

Aber eisenstirnig und verlogen, wie die Bundes-leuchten immer schon waren, kommt der Herr M. Gladbacher Weihen tatsächlich würdige Herr Thränert daher und fabuliert „falschlich“ seinen behauerten Wertes Weggenossen ein langes und breites über den „blöden Stumpfsinn“ der „Korr.“-Redaktion vor und schlägt noch düstere Sinnsteintöne an, um seine armen Mitglieder über den auch im Klassenwesen erstaunlich großen Abstand zwischen Verband und Bund hinwegzutäuschen. Ja, ein Kölner Bündler erdreistete sich vor einigen Monaten, in einem Punkt unsre Leistungen ganz schwarz zu malen, die des Tugendbundes aber als weithin leuchtende Reklametafel erscheinen zu lassen. Na, dem Gevatter vom Rheine haben wir es in Nr. 78 so besorgt, daß er das Wiederkommen vergessen hat. Herr Silex aus Halle aber stellte in Breslau dummdreift und gottesfürchtig die Behauptung auf: „Der Verband verspricht viel, aber hält wenig“.

Die 'Koststückerkunststücke sind mit dem, was sich aus den angestellten Vergleichen ergibt, jedoch

a) Reiseunterstützung.

Im Verbands:

Nach Leistung von 6 Beiträgen: 1 Mk. täglich auf die Dauer von 280 Tagen.
Nach Leistung von 75 Beiträgen: 1,50 Mk. täglich auf die Dauer von 280 Tagen.

Im Gutenbergbunde:

Nach Leistung von 13 Beiträgen: 1,25 Mk. täglich, " " " " " " " " 1,50 " " " " " " " " " " auf die Dauer von 140 Tagen.

b) Arbeitslosenunterstützung.

Bei 75 Beitr. 1,50 Mk. bis zu 10 Wochen = 70 Tage,	Bei 52 Beiträgen: 1,25 Mk. } auf die Dauer von
" 150 " 1,75 " " " 20 " = 140 "	" 100 " 1,50 " } 140 Tagen.
" 500 " 1,75 " " " 30 " = 210 "	
" 750 " 1,75 " " " 40 " = 280 "	

c) Umzugsbeihilfen.

Nach Leistung von 13 Beiträgen bis 100 Beiträgen je nach der Entfernung und Beitragsszahl von 15 bis 50 Mk.; bei mehr als 100 Beiträgen je nach der Entfernung und Beitragsszahl bis 100 Mk.

d) Krankenunterstützung.

Bei 13 Beiträgen auf die Dauer von 13 Wochen, " 26 " " " " " " " 26 " " " " " " " " " 52 " " " " " " " " " 52 " eine Unterst. von täglich 1,40 Mk.

e) Begräbnisgeld.

Bei 13— 50 Beiträgen 50 Mk.	Bei 52 Beiträgen: 50 Mk.
51— 250 " 100 "	260 " 100 "
251— 500 " 150 "	520 " 150 "
501— 750 " 200 "	
751— 1000 " 250 "	Bei 52 geleisteten Beiträgen beim Sterbefalle der Frau
1001— 1250 " 300 "	30 Mk.
1251 u. mehr " 350 "	

f) Invalidenunterstützung.

1. Wenn der Beitritt innerhalb des ersten Jahres nach beendetem Lehrjahr erfolgt; nach Leistung von 250 Beiträgen;
2. wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgt; nach Leistung von 475 Beiträgen;
3. wenn der Beitritt erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt; nach Leistung von 700 Beiträgen.

Wer nach den ad 1, 2 und 3 zurückgelegten Karenzzeiten noch weitere 800 Wochenbeiträge entrichtet hat, pro Woche 8,75 Mk.
Zum Bezuge der Unterstützung genügt ein die dauernde Arbeitsunfähigkeit als Buchdrucker bescheinigendes ärztliches Attest. In der Krankenunterstützung Ausgesteuerte und zur Invalidenunterstützung Berechtigte treten ohne weiteres in den Bezug der Invalidenunterstützung.

Im Sterbefalle wird ein Begräbnisgeld nach der Zahl der bei Eintritt der Invalidität geleisteten Beiträge bis zum Höchstbetrage von 350 Mk. gezahlt.

Bei 260 Beiträgen wöchentlich 5 Mk.

" 520 " " " 6 "

" 780 " " " 7 "

" 1040 " " " 8 "

Eine Erhöhung oder Ermäßigung vorstehender Sätze kann jederzeit erfolgen, wenn sie gemäß § 6 Abs. 4 (jener berichtigte Paragraph, durch den die Rechte der Mitglieder des G.-B. besser gewahrt sein sollen als wie die Rechte der Verbandsmitglieder im Verbandsstatute!) beschlossene worden sind.

Im Bezuge der Unterstützung ist die Anerkennung als Invalide durch die Reichsinvalidenversicherung notwendig; in Fällen, wo diese nicht beigebracht werden kann, durch einen amtlichen Arzt.

Im Sterbefalle wird ein Begräbnisgeld von 50 Mk. gewährt.

nach nicht erschöpfend veranschaulicht. Mit seinen niedrigeren Beiträgen geht der Bund nicht wenig kredeln. Ist aber die Differenz von 15 Pf. durch seine Minderleistungen schon um ein Vielfaches ausgeglichen, so kommt beim Bunde noch eine weitere Verschlechterung in Betracht. Es werden nämlich bezahlt an

Weiträgen:

Im Verband:	Im Gutenbergbunde:
1,10 Mk. wöchentlich. Arbeitslose und Kranke sind vom Beitrage befreit.	0,95 Mk. wöchentlich. Arbeitslose und Kranke haben wöchentlich 20 Pf. zu entrichten.

Wie aus den Verhandlungen der letzten Bundesgeneralversammlung hervorgeht, konnte diese empfindliche Härte für die Mitglieder nicht beseitigt werden, da die Allgemeine Kasse eigentlich mit Defizit gearbeitet hätte, wenn man es nicht versteht, die Verwaltungskosten für den Invalidenkassenzweig so hoch anzusetzen, daß es gerade so schwebelt.

Nun hat bekanntlich die Breslauer Tagung die Anträge auf Erhöhung unter den Tisch fallen lassen, folglich wird es mit dieser ganz erheblichen Verschlechterung in allen Unterstützungs-zweigen mindestens auf drei Jahre noch im vollen Umfange sein Bewenden haben. Das wird um so schwerer ins Gewicht fallen, als bei der enormen Verteuerung der Lebenshaltung die Lage der zu Unterstützenden eine verzweifelte werden muß. Daß der Bund niemals den Verband in seinem Kaswesen erreichen wird, das steht ein für allemal fest. Wollte er sich aber anstrengen, uns nachzukommen, müßte das in einem Grade geschehen, wobei der Tugendbund plagen würde wie eine Seifenblase.

In der vom 11. November datierten, also der neuesten Nummer des „Typ.“, wird in einem Ver-

sammlungsberrichte stolz gesagt: „Unsre Mitglieder wissen, was sie am Gutenbergbunde haben“, und in der vorhergehenden schrieb Herr Thranert (wie schon an anderer Stelle erwähnt): „Daß sich der Gutenbergbund mit seinen Leistungen und seinen Unterstützungs-einrichtungen durchaus sehen lassen kann, wissen nicht nur unsre und die Verbandsmit-glieder, sondern auch die „Korr.“-Redaktion recht genau“. Mit der letzteren Behauptung hat der Vorsitzende und Ausschreibereakteur des Tugendbundes — es hat sich sechs Wochen nach dem Aus-scheiden von Hoffsch immer noch kein Lüdenbüßer gefunden, Holland ist also immer noch in Not! —, wie der Tugendchein lehrt, durchaus recht. Aber die Verbandsmitglieder kennen die großartigen Leistungen der Firma G.-B. nicht, und daß die Tugendbündler darüber „recht genau“ orientiert sein sollten, ist entschieden zu bezweifeln. Wäre das der Fall, würden sie nicht so einfältig schwägen wie so häufig und wie die frumbden Rottweiler soeben wieder in ihrem Klättele. Die „weiße Salbe“ der waderen Bundesleitung soll aber nicht nur zur Aufklärung in den Reihen der Gehilfen, sondern auch zur Informierung weiterer Kreise in ihren Bestandteilen bloßgelegt werden. Der offenkundige Schwindel der Häuptlinge in der Jakobikirchstraße zu Berlin, die jetzt durch sechs- und achtseitige Nummern des „Typ.“ die Schäfslein von den auf die Nerven fallenden und Bestürzung hervor-rufenden Enthüllungen des „Korr.“ über den Tugend-bund ablenken möchten, muß auch in betreff des Unterstützungs-wesens bis zum letzten aufgedeckt werden.

Die jezige „Gewerkschaft“ Gutenbergbund wie der frühere „Kassenverein“ (Anspruch des General-versammlungsdelegierten Krämer aus Köln in Breslau) und der „bloße Unterstützungsverein“ (was

der Tugendbund laut „Typ.“ vom 25. März d. J. bis vor drei Jahren noch gewesen sein soll) sind eben auch auf dem Unterstützungsgebiete bei weitem nicht das, was sie scheinen wollen, wie sie in tariflicher Beziehung erst recht nicht das sind, als was sie sich ausgeben: „Der Gutenbergbund steht seit seiner Gründung auf dem Boden der Tarifgemeinschaft. Er erachtet es auch für die Zukunft als seine vornehmste Aufgabe, zur Ein- und Durchführung des Tarifs nach Kräften beizutragen.“ Dies eine Behauptung aus einem Flugblatte zu einer Zeit, wo der Tugendbund nach Ansicht der Mitglieder noch „bloßer Unterstützungs-verein“ resp. „Kassenverein“ war. Wie sehr denn die Tatsachen widersprechen, soll nur ein einziger Vorgang aus der neuesten Zeit beweisen: Inster-burg! In zwei dortigen Nichttariffirmen mit in ganz Deutschland beispiellos taufragigen Zuständen hat der Gutenbergbund eine seiner ostpreussischen Domänen, und zwar mit Wissen und Willen als gehilfsseitiger Kontrahent in dem Haftungsver-trage zwischen deutschem Buchdruckerverein und Gutenbergbund. So oft diese schwere Unlage der Bundesleitung schon ins Gesicht geschleudert worden ist, sie hat diese Tatsache weder bestritten noch widerlegt, dafür aber den „Korr.“ mit Kotballen und einer Schlammslut anderer schöner Sachen bedacht. So oder so — stets ist der Tugendbund ein Prachtexemplar verwegener Täuschungs- und Verbedungskunst.

Herr Thranert glaubte in der vorigen Nummer des „Typ.“ mit einem jesuitischen Trick sich aus der jetzigen betrüblichen Situation retten zu können, indem er den wie vom Donner gerührten Mit-gliedern in Fetsdruck bedeutete, nur „die Angst vor dem Verlust einiger Mitglieder“ sei die Triebfeder zu dem Vorgehen des „Korr.“. Wir hätten wirk-lich nicht geglaubt, daß dieser um den Hr. Stad-bacher Vorber heiß ringende Mann seinem Namen in so weitgehendem Maße gerecht werden könnte. Der Verband mit am 1. Juli d. J. 61017 Mit-gliedern, also einer Zunahme von 1990 seit Ende 1909, welcher Steigerungsziffer der Guten-bergbund für den gleichen Zeitraum nur die Zahl von 84 entgegensetzen kann, die aber erfahrungsgemäß nicht erweislich wahr sein dürfte — da sollte uns die Angst vor dem Verlust einiger Mit-glieder die Feder in die Hand drücken! Herr Thranert, lassen Sie sich begraben, es ist das Ge-scheiteste, was Sie tun könnten. Wir weinen Ihnen keine Träne nach, weil Ihre Weisheit gar zu geist-los sind.

Wenn wir das Gebiet des Mitgliederfangs be-rühren wollten, die regierenden Herren vom Tugend-bunde kämen schwer unter die Räder. Wie hat denn der Bundesvorstand Not gehabt, in Breslau seine Borlage betreffs größerer Vergünstigungen für etwa aus dem Verband Abtreitende schmalt-haft zu machen, und mit welcher Mühe konnte sie dann endlich durchgebracht werden? Hat nicht Herr Hoffsch am 14. Januar d. J. im „Typ.“ im Einverständnis mit der Bundesleitung geschrieben: „Jeder Bundeskollege muß den festen Vorsatz fassen, im Jahre 1910 mindestens ein neues Mit-glied zuzuführen“? Und was ist das Ende vom Lied auch 1910? In eifer ganzen An-zahl von Druckorten traten gerade die älte-sten Mitglieder aus dem Bund aus! Nach zehn-, zwölf-, vierzehn- und fünfzehn-jähriger Mit-gliedschaft, also vollberechtigt in allen Unterstützungs-zweigen, ließen sie lieber ihre Anrechte fahren, als noch länger in der Buchdruckerarmee Soldaten zweiter Klasse zu bleiben. Auf ihre erworbenen Rechte konnten sie verzichten, weil diese einmal sehr fraglicher und vor allen Dingen recht bescheidener Natur waren, wie aus unsrer Aufstellung ja selbst der Blindeste erkennen kann. Vor uns liegt eine von Mitte Oktober d. J. da-tierte Erklärung eines nach fünfzehnjähriger Mit-gliedschaft in Stuttgart zum Verband übergetretenen Kollegen, aus der wir folgenden Auszug bringen:

Beinahe 15 Jahre Mitglied der hiesigen Orts-gruppe und zuletzt deren Ausschusmitglied, habe ich seit gerammer Zeit den steten Rückgang von Mit-gliedern am hiesigen Orte beobachtet, und jeden objektiv Urteilenden mußte die Tatsache bedenklich stimmen,

zumal für Nachwuchs in keiner Weise Sorge getragen werden konnte.

Innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit haben über 20 Kollegen hier dem Bunde den Rücken gekehrt und der ehemals beinahe 100 Mitglieder starke Ortsverein ist auf etwa 37 Mitglieder zusammenge schrumpft. Jeder Kollege wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß die günstigen Momente der letzten Jahre zwecks Gewinnung neuer Mitglieder nicht wiederkehren und trotzdem konnte der Gutenbergbund nicht vorwärts gebracht werden! Die Überbrücke in den Verband mehrten sich und werden trotz aller Verschönigungen auch weiter andauern.

Zu diesem Grunde kamen noch die wenig belebenden, schlecht besuchten Monatsversammlungen, in denen jede geistige Anregung fehlt, sowie die jeweiligen Neuwahlen der Ausschußmitglieder, welche ein tristes Bild von der Stagnation des Bundes im Kleinen wiedergaben. Nur mit Mühe und Not gelang es, die nötigen Personen zu finden; jeder sah ein, daß er speziell am hiesigen Ort auf einem verlorenen Posten steht. Dies hat wohl auch den seitigeren Kreisvorsitzenden bestimmt, eine Wahl nicht mehr anzunehmen. Weiter ist hier jede Möglichkeit ausgeschlossen, an den technischen Fortschritten teilzunehmen, wie es die jetzige Zeit erfordert. Jeder Einfluß am hiesigen Orte bei irgend welchem Anlaß ist gänzlich unmöglich.

Die weitere Ursache, daß die Unterstützungen des Verbandes und besonders des Gaus Württemberg mit seinen humanitären Einrichtungen die des Bundes weit überragen und die bestimmte Garantie geben, daß erworbene Rechte auch eingehalten werden, haben mir meinen Schritt um so leichter gemacht.

Die an anderen Orten, sogar in Rheinland-Westfalen, Ausgetretenen haben sich in gleicher oder ähnlicher Weise über ihre Beweggründe geäußert; teilweise wurden noch viel drastischere Momente vorgebracht, mit denen wir einstweilen aber noch unser Pulver trocken halten werden. „Was sie am Gutenbergbunde haben“, wie die weltabgeschiedenen Rottweiler sagen, sehen dessen Mitglieder eben mehr und mehr ein, und sie finden dann den richtigen Weg auch ohne den „Korr.“

Uns liegt nur daran, die ärgerniserregenden Schwindereien der trotz all ihrer Ehrlichkeit schauerlich verlogenen Leitung des Jugendbundes zu brandmarken und ihr das Konzept zu verderben, den Gutenbergbund öffentlich auf das Ruhmespedestal gewerkschaftlicher Vollkommenheit zu erheben, und das zwar auf Kosten des Verbandes.

Das ist hiernit gesehen: wir haben von beiden Seiten die statutarischen Bestimmungen sprechen lassen. Nun kann jeder wissen, wie er mit dem Verband und wie er mit dem Gutenbergbunde daran ist. Vornehmlich wird aber die Öffentlichkeit nun im klaren sein, was von den großen Worten und den gleichnerischen Versicherungen vom und über den Jugendbund wahr ist, mögen sie nun von ihm selbst oder von christlich-gewerkschaftlicher Seite ausgehen, nämlich nichts!

Die Lieboldtsche Begräbniskasse.

(Ein Schlussswort.)

Eigentlich wollte ich mich auf eine weitere Polemik nicht einlassen, da der „Korr.“ nicht für vorgenannte Kasse da ist und sein Raum für andre Sachen nötiger gebraucht wird. (Stimm. Red.) Da der Vorsteher kräftig aber die Mitglieder mit den regelmäßigen Überschüssen wieder einzulassen sucht, will ich doch die Sache noch von einer andern Seite beleuchten.

Der Rechenschaftsbericht vom 1. Oktober 1898, also kurz vor der ersten wesentlichen Erhöhung, zeigte 52029,66 Mk. Vermögen bei einem Stande von 1946 Mitgliedern, wovon 120 steuerfrei waren (mit Anspruch auf je 150 Mk.). Es entfielen also auf ein Mitglied 26,74 Mk. Vermögen. Zog man die 18000 Mk. für die Steuerfreien ab, so blies für die übrigen Mitglieder noch ein ganz ansehnlicher, wenn auch nach den statutgemäßen Forderungen nicht genügender Bestand.

Der letzte Abschluß unter der neuen Ära weist nun ein Vermögen von 104135,72 Mk. auf bei einer Mitgliederzahl von 5094, wovon 354 steuerfrei sind mit einem Anspruch von je 300 = 106200 Mk. Für die übrigen 4740 Mitglieder bleibt — nichts. Vermögen entfällt auf das Mitglied jetzt 20,44 Mk., es hat sich also in verhältnismäßig kurzer Zeit um 6,30 Mk. pro Kopf vermindert. Was das Statut verspricht, kann ja jeder in Nr. 125 nachlesen.

Wenn also, wie ja auch früher, immer scheinbare Überschüsse gemacht wurden, so geschah es durch die Einschreibegelder und die Beiträge von über 3000 neuen Mitgliedern, deren Ansprüche jedoch, ebenso wie die der alten, mit jedem Jahre wesentlich steigen, so daß eine Deckung von nur 17,24 Proz. doch im höchsten Grade ungenügend ist.

Eine Vertagung der Aussprache, wenn auch nur um ein Jahr, kann schon sehr üble Folgen haben. In der

besten Absicht habe ich die Frage angeschnitten, aber im „Korr.“ ist für mich Schluss. Die jüngeren Mitglieder mögen nun die Frage in ihrem Interesse und in geeigneter Weise weiter verfolgen. Ich habe sie in Fluß gebracht, weiter wollte ich nichts.
Leipzig. Adolf Hüttig.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Österreich. Der Reichsverband der österreichischen Buchdruckereibesitzer hielt im Oktober in Wien eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die sich einer „äußerst regen Teilnahme sowohl von Delegierten der Kronlandsvereine als auch der Firmen“ erfreut haben soll. Wie dem Organe des Reichsverbandes zu entnehmen ist, erstattete zunächst das „vorgesehene Komitee betreffend die Sicherstellung der Faktoren“ seinen Bericht. Im Anschluß daran wurde beantragt, daß jeder Prinzipal 24 Kronen für jeden beschäftigten Faktor zu einem Fonds beitragen solle, woraus benötigte Faktoren in weitgehendster Weise zu unterstützen seien. Dieser Antrag fand schließlich Annahme. Seine Durchführung wurde den Einzelvereinen überlassen. Die Bildung eines Schutzfonds für Prinzipale soll eine kräftige Förderung erfahren haben, zumal ein Weg gefunden sei, der weitergegangen werden müsse. Um eine Zusammenfassung der Prinzipalsmeinungen zu ermöglichen, wurden organisatorische Maßnahmen bei der „Besprechung der Informationsangelegenheiten“ gutgeheißen. Von einer Neuauflage des Minimaltarifs zur Berechnung von Buchdruckerarbeiten will man absehen und eine Vorstufe zu einem solchen Tarife schaffen, die in einer Anleitung zum kalkulieren bestehen soll. Um eine engere Fühlungnahme unter den einzelnen Firmen herbeizuführen, wurde beschlossen, den Reichsverband zu einer Zentralstelle der Einzelvereine (Bremen) auszubauen.

In einer im Juli d. J. gepflogenen Debatte des Wiener Gemeinderats über die Begräbniskosten für Dr. Rueger hatte der II. Vizebürgermeister der Stadt Wien, Heinrich Hierhammer, ein ehemaliger Buchdruckereibesitzer, ausgesprochen, die Herren Sezer und Drucker hätten dabei ein glänzendes Geschäft gemacht, denn der Tarif dieser Herren sei außerordentlich hoch.

Auf einen Zwischenruf eines sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieds hatte Hiermann geantwortet, daß für den Permannenzdienst, den die Wiener Präsidialkanzlei für das Sezer- und Druckerpersonal der Firma Gerin vom 24. Februar an angeordnet hatte, ein Metteur 38 Kronen und die Sezer je 20 Kronen pro Nacht erhalten hätten. Dieser Ausschreiberei gegenüber stellte der österreichische Verbandsvorstand am 15. Juli in einem offenen Brief an Hiermann fest, daß das Personal der Firma Gerin vom 24. Februar bis zum Tode Dr. Ruegers überhaupt keinen Permannenzdienst gehabt habe. Es wurde nur einigen Kollegen aufgegeben, nach Schluß der normalen Arbeitszeit zu Hause zu bleiben, damit sie im Bedarfsfalle zu erreichen waren. Für diesen Hausarrest bekamen die Betroffenen keine Entschädigung. Ein einziges Mal nur hätten zwei Sezer von 11/2 Uhr nachts bis 4 1/2 Uhr früh gearbeitet; hierfür erhielten sie die tarifmäßige Bezahlung von etwa 9—11 Kronen und den nächstfolgenden Vormittag frei, also Gesamtkosten pro Mann 12—13 Kronen. In der Woche, in welcher Dr. Rueger starb, erhielten sich die Wöhne einiger Gehilfen der Firma Gerin infolge Überstunden nur um 2—4 Kronen.

Die ganze Angelegenheit wurde in der Sitzung des Wiener Gemeinderats vom 18. Oktober d. J. von neuem zur Sprache gebracht. Aus einer neuerlichen Erklärung des II. Vizebürgermeisters Hiermann ging hervor, daß die Rechnung der Firma Gerin, welche die aus dem Anlasse benötigten Gemeinbedruckungen herzustellen hatte, 10600 Kronen betrug. Zuerst lautete die Forderung auf 11000 Kronen. Die Firma wurde sofort nach ihrer Rechnungslegung von der Wiener Stadtbuchhaltung darauf aufmerksam gemacht, daß die Summe ganz entschieden zu hoch erscheine. Es wurden vorbehaltlich einer genaueren Nachprüfung vorläufig nur 7000 Kronen an die Firma ausbezahlt. Nach allerdings nur flüchtiger Durchsicht habe Hiermann die Bemerkung über das glänzende Geschäft der Sezer und Drucker gemacht. Nach dem Wortlaute der Rechnung sei er dazu berechtigt gewesen, denn ein Passus darin habe gelaute: „Der Gehilfenausfluß wurde verständigt und unter der Kontrolle des Gehilfenausflusses haben diese Zeitüberschreitungen stattgefunden.“ Er (Hiermann) hätte also annehmen müssen, daß das mit dem Einverständnis des Gehilfenobmanns geschehen sei. Daß die Firma Gerin die Sterne hatte, eine kraße Unwahrheit hineinzu schreiben, um sich zu bereichern, das habe er nicht annehmen können. Nach alledem könne er seine Bemerkung gegen das Personal nicht mehr aufrecht erhalten. Aus dem Verlaufe der Debatte wird die Mitteilung Interesse erwecken, daß die Firma Gerin den Betrag ihrer Rechnung schließlich um 6400 bzw. 6000 Kronen reduzierte, indem sie den Betrag auf 4600 Kronen herabsetzte.

Der II. Vizebürgermeister Wien gestand also in aller Form zu, daß er den Buchdruckergehilfen unrecht getan habe. Die Firma Gerin soll, wie wir dem Wiener „Vorwärts“ entnehmen, die Preise der Gemeinbedruckungen zum Schaden der übrigen Wiener Buchdruckereien ziemlich heruntergedrückt haben. Vielleicht wollte sie sich diesmal in der richtigen Erwägung, daß nicht alle Tage Bürgermeister sterben, schablos halten, freilich hätte das nicht auf Kosten der Gehilfen geschehen dürfen. Der österreichischen Verbandsleitung müssen es die Wiener Kollegen in diesem Falle Dank wissen, daß sie in energischer Weise das Märlein von den hohen Gehilfenlöhnen gründlich zerstört hat.

Italien. Unser italienischer Bunderverband beschäftigte sich auf seinem achten Kongress in Neapel, der am 31. Oktober seinen Anfang nahm, mit der Frage des Generalstreiks. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß die wirtschaftliche und politische Befreiung des Proletariats nur durch schrittweise Eroberungen zu erzielen sei, daß der Generalstreik als plötzliche Unterbrechung des wirtschaftlichen Lebens in Widerspruch zur Methode der schrittweisen Hebung des Proletariats stehe, um dann zu betonen, daß der Generalstreik nur als äußerstes Mittel in äußersten Fällen der Verletzung der proletarischen Rechte anzuwenden sei. Dem unüberlegt heraufbeschworenen Generalstreik wird jede Solidarität verweigert. In Fällen allgemeiner Arbeitsenthaltung, die von der Konföderation der Arbeit proklamiert wird, sollen die Sezer und Drucker der Tageszeitungen die Arbeit ruhen lassen, da das Erscheinen der Tageszeitungen nicht als öffentlicher Dienst aufzufassen sei. Wenn von der Arbeiterammer allgemeine Streiks lokaler Natur proklamiert worden sind, wird der lokalen Unterbrechung des Verbandes anheim gestellt, den Streik auf die Tageszeitungen auszudehnen oder nicht. Soweit der Streik als Mittel im Lohnkampf in Betracht kommt, sind die Herausgeber der Tageszeitungen allen andern Unternehmern gleichzustellen. Wir sind hoffentlich bald in der Lage, unsren Lesern einen eingehenderen Bericht über die auf dem jüngsten Kongresse der italienischen Kollegen geleistete positive Gewerkschaftsarbeit zu geben. Der aufstrebenden italienischen Buchdruckerorganisation ist zu wünschen, daß sie nicht durch „plötzliche Unterbrechung des wirtschaftlichen Lebens“ auf Jahrzehnte zurückgeworfen wird. Gerade in Italien mit seinen schier unerhörlichen Streibcherfabriken namentlich im Süden braucht die Gewerkschaftsbewegung Ruhe und Zeit, um in immer weiteren Volksschichten Wurzeln schlagen zu können.

Spanien. Die Befürchtungen, daß während der bewegten Vorgänge bei unsren südwestlichen Nachbarn vielleicht auch zu uns ein Funken überpringen könnte, sind bis jetzt haltlos geblieben. Die Ruhe und die Geschwindigkeit, mit der alles vor sich ging, dürfte auch die spanische Regierung zum Nachdenken angeregt haben, denn auch hier ist so manches „auf in State Dänemark“.

Dazu kam der Umstand, und der ist nicht wegzuleugnen, daß es im Lande seit der Ferreraffäre beträchtlich gärt. In der letzten Korrespondenz von Portugal unter dieser Rubrik war von den arbeiterfreundlichen Absichten der monarchischen Regierung die Rede, die sie nicht mehr erfüllen konnte; vielleicht wird deshalb die spanische Regierung etwas mehr Bedacht, als wie man es bis jetzt gewöhnt war, auf die der Kammer nächstens zugehende soziale Gesetzesvorlage legen. Das Zentralkomitee des Buchdruckerverbandes benutzte diesen günstigen Augenblick und sandte dem Minister des Innern eine von über 1000 Kollegen unterzeichnete Petition, in der gefordert wird, daß die Zensurlose, und besonders unsere Verurteilung, in das Rubrum „Arbeitsunfälle“ aufgenommen werden möchte. Es wird in einer besonderen Statistik auf die hohe Prozentzahl von Sterbefällen hingewiesen, die zum größten Teil auf die unhygienischen Lokale zurückzuführen seien. Der Präsident des Verbandes und zwei weitere Kollegen überbrachten persönlich die Petition ins Ministerium. Der Vertreter des Ministers des Innern antwortete den Delegierten, daß ihm die Wünsche der Buchdrucker sehr gerecht erschienen, und er werde die Petition dem Institute für soziale Reformen übermitteln, daß die eventuellen nötigen Änderungen oder Anfügungen an dem Gesetzentwurf vorgenommen werden könnten. Im Prinzipalsyndikat regt es sich aber auch zu gleicher Zeit; man befürchtet nämlich den Griff in den Geldbeutel, den eventuelle Gesetzesvorschriften zur Folge haben würden. Und mancher Prinzipal hat wirklich Anlaß, etwas ängstlich zu sein, denn in seinem Kunsttempel fehlt's eben an allem, was mit Luft, Licht und Hygiene zusammenhängt. Über das Schicksal der Petition wird zu gegebener Zeit berichtet werden.

Eine andre Art von „hygienischer Reform“, die ebenso nötig war, vollzog der Verein „Gutenberg“ in Valencia. In gleicher Stadt existiert ein katholischer Buchdruckerverein, dessen Mitglieder zum Teil auch dem Verband angehören. Diese „Kollegen“ frequentieren die Versammlungen, besuchten die Arbeiterbörse einzig und allein, um zu spionieren und alles Wissenswerte dem Gründer ihres „eigenen Ortsvereins“ zu überbringen, der dann für die Weiterverbreitung Sorge trug. Als immer häufiger Entlassungen vorliefen von Kollegen, die außerhalb des Geschäfts für den Verband tätig waren und die Prinzipale oft von Beschlüssen früher Bescheid wußten, als ihnen offiziell mitgeteilt worden war, kam man der Sache auf die Spur. In Zukunft wird kein Verbandsmitglied mehr einer andern Vereinigung angehören dürfen.

Eine der Hauptaufgaben des spanischen Verbandes und ganz besonders der Madrider Sektion muß die sorgfältige Überwachung der Zeitungsbetriebe sein. Denn kann man die scharfe Konkurrenz der Segmasdiner, die immer zahlreicher zur Anstellung kommen, auch nicht verhindern, so muß doch Sorge getragen werden für eine anständige Bezahlung der daran Beschäftigten. In dieser Beziehung bleibt noch manches zu wünschen übrig. In vielen Betrieben sind Maschinen an den Maschinen beschäftigt, natürlich zum halben Lohn. In einem dieser famosen Betriebe erscheint die große Zeitung „Die Zeitgenossen“. Die Maschinen sind sehr oft reparaturbedürftig und wie es mit dem Cay aussieht, davon zeugt eine „Verichtigung“, die vor kurzem erschien. Es heißt da: „Infolge eines Fehlers, den wir uns nicht erklären

Wönnen, erlitt die letzte Romanfortsetzung unfres Herrn Direktors Menzevil einige Verschiebungen. Es ist nicht die 90. sondern die 92. Fortsetzung. In der ersten Spalte auf Seite 11 ist ein Stück Satz an Stelle eines andern. In der gleichen Spalte bringe man die Zeile 48 vor die Zeile 46 in der zweiten Spalte, dann kann man fortfahren zu lesen bis zur Zeile 47 der ersten Spalte Seite 12, dann lehre man zurück zur Zeile 48 der ersten Spalte auf Seite 11 und lese bis zur zweiten Zeile des Kapitels „Das schöne Neapel!“ Nachher suche man sich Zeile 48 erste Spalte Seite 12 und von dort geht schon alles gut! Die spanischen Zeitungen haben die Einrichtung, daß man die Romane in ein Buch vereinigen kann. Mehrere solcher Zwiebelstapfen in ein Ganzes vereinigt, dürfte einen recht interessanten Irrgarten darstellen. Oben genannter Zeitungsbetrieb macht als Spezialität „Bureauarbeiten“ — so sagt wenigstens die Anzeige auf der vierten Seite der Zeitung —, aber trotz allem modernen Materiale wollen keine Verbandsmitglieder dort arbeiten und das Personal setzt sich außer den Mädchen aus Streikbrechern jeder Güte zusammen. Leider wird in einer solchen Schundbude auch das karlistische Organ „Spanischer Kurier“ gedruckt, doch dürfte vielleicht die Unzufriedenheit der Abonnenten über die chronische Verspätung dem Verleger bald zu einer besseren Einsicht verhelfen.

Die Sektion in Valencia sandte den Prinzipalen ein Zirkular, in dem sie bittet, die einzustellenden Lehrlinge im Interesse beider Teile ärztlich untersuchen zu lassen. Ein großer Teil der Prinzipale steift dem Vorschlage sympathisch gegenüber.

Ägypten. In Alexandria herrschen zurzeit leidlich gute organisatorische Verhältnisse. Ungefähr drei Viertel aller Kollegen sind organisiert. Die Hauptaufmerksamkeit soll zunächst der Erreichung des Achtstundentags zugewendet werden. In Kairo besteht derselbe bereits seit einigen Jahren, und auch in Alexandria hätte er mit Leichtigkeit vor der letzten Krise eingeführt werden können (es waren da fast keine Arbeitslosen da), doch es fehlte an der nötigen Einsicht. Die klimatischen Verhältnisse, die unhygienischen Arbeitsräume und die Arbeitslosigkeit lassen die Einführung des Achtstundentages täglich notwendiger erscheinen, ganz besonders kommt das während der heißen Sommermonate zum Ausdruck. Ein Umstand, der die Arbeitslosigkeit ungünstig beeinflusst, ist die Einfuhr von Druckmaschinen aus Europa. Ein Drittel aller Druckmaschinen kommt aus England, dann folgen Frankreich, Italien und dann erst Deutschland. Vom 1. Januar ab dürfte eine wesentliche Besserung eintreten, da die ägyptische Regierung, auf unternommene Schritte von Verbandsseite hin, versprochen hat, alle Regierungsdruckmaschinen — und darin besteht der größte Teil der englischen Einfuhr — im Lande selbst herstellen zu lassen.

Durch Ausdauer und Mannigfaltigkeit der Taktik konnte vor kurzem ein Sieg errungen werden. In Alexandria sollte eine neue arabische Zeitung „El Ahaly“ erscheinen. Der Verband entsandte eine Kommission, um der Verwaltung Verbandsmitglieder als Personal anzubieten. Doch fand selbige die Löhne viel zu hoch; erst als man auf eventuelle Konsequenzen hinwies, sollte dem Wunsch entsprochen werden. Aber die Kollegen waren nicht wenig überrascht, als man ihnen beim Arbeitsantritt die Türe wies. Aus Kairo hatte die Zeitung eine Streikbrecherwerbung empfangen. Am 16. Oktober fand dann eine außerordentliche Versammlung statt, die beschloß, daß in der Druckerei der Streik erklärt werden sollte, in der man versuchen würde, „El Ahaly“ zu drucken. Die Zeitungsgesellschaft hat nämlich keine Maschinen! Im folgenden Tage sollte die Zeitung zum ersten Male gedruckt werden. Es war der reinste Belagerungsstand. Während Kommissionen in den größten Druckereien vorstellig wurden, um die Ablehnung des Druckauftrags im voraus zu bewerkstelligen, machten andre Kollegen vor der Tür, um die Spuren der geschlossenen Formen nicht zu verlieren. Ein Buchdruckermeister konnte überredet werden, den schon akzeptierten Auftrag wieder abzulehnen, dagegen wollte Herr Tinius, der Inhaber von der Zeitung „Tahydromos“, unbedingt sein „Wort halten“, weil er schon die Schließrahmen nach dem Streikbrechertempel gesandt hatte. Es war unterdessen Abend geworden, und den immer zahlreicher erscheinenden Kollegen schlossen sich viele Passanten an, um der Dinge zu harren, die da kommen sollten. Eine Kommission sprach nochmals vor, aber Herr Tinius war unerwählbar, bis ihm beim Weggehen der Sekretär etwas versieß, von welchem Schauspiel er nicht besonders erant zu sein schien. Die telephonisch herbeigerufenen Kollegenschar zu einer Demonstration vor dem Hause brauchte nicht in Tätigkeit zu treten; sie ließ nur Herrn Tinius hochleben, weil er auch abzehrte, zu drucken. Mit dieser Wendung war der Widerstand der „El Ahaly“ gebrochen. Die Verwaltung ließ noch das Syndikatskomitee rufen, und der Friede wurde geschlossen. Die Streikbrecher wurden durch organisierte Kollegen ersetzt und der Verband in aller Form anerkannt.

Korrespondenzen.

Str. Bayreuth. Die am 5. November abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung, die sich eines äußerst zahlreichem Besuchs erfreute, hatte das Vergnügen, den Gausvorsteher Seitz (München) in ihrer Mitte begrüßen zu können. Neben der Erledigung interner Angelegenheiten wurde an Stelle des seitigeren Vorsitzenden Kollege Steeger gewählt. Ein einstündiger Vortrag des Kollegen Seitz über „Die Situation im Buchdruckgewerbe

und die nächste Tarifrevision“ fand ungeteilten Beifall. Hoffentlich wird er seinen Zweck nicht verfehlen und die Kollegen für zur ferneren Mitarbeit veranlassen, um im nächsten Jahre geschlossen hinter unsren berufenen Führern zu stehen.

Freiburg i. Br. Die Schaffung einer Krankengeldzuschußklasse für die Mitglieder des Gaus Oberhein beschäftigt seit mehr denn Jahresfrist die Kollegenschaft dieses Gaus. Wiederholt wurde von den Mitgliedern in kleinen Druckorten mit Gemeinde- oder Bezirkskrankenkassen über die minimale Unterstützung im Fall einer Krankheit geflagt und der Wunsch nach ihrer Erhöhung durch den Verband ausgesprochen, was auch zur Stellung von diesbezüglichen Anträgen zur letzten Generalversammlung führte. Zum großen Bedauern der interessierten Kollegen aber die Delegierten dem Abwinken des Verbandsfinanzministers nach und ließen die Anträge unter den Tisch fallen. Kein Wunder daher, daß in der Folge die Anregung kam, durch die Gaukasse eine Erhöhung der Krankenunterstützung herbeizuführen. Nachdem sich zwei Bezirksvorsteherkonferenzen und eine weitere Kommission mit dieser Anregung befaßt haben, hat nun letzte Woche der Gauvorstand den Mitgliedern einen Entwurf unterbreitet, der ihnen Gelegenheit geben soll, schon jetzt ihre Stellung zu präzisieren. In einer am 5. November abgehaltenen und von 114 Kollegen besuchten Versammlung nahm nun auch die Mitgliedschaft Freiburg i. Br. Stellung zu dem Entwurfe. Die Notwendigkeit einer höheren Unterstützung in Krankheitsfällen wurde von allen Rednern anerkannt, da namentlich die Kollegen in Orten, wo keine Ortskrankenkassen bestehen, äußerst schlecht gestellt sind. Dagegen sprachen sich mehrere Kollegen gegen die Einführung einer solchen Unterstützung durch den Gau aus und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die wieder zu erwartenden Anträge auf Erhöhung der Krankenunterstützung von der nächsten Verbandsgeneralversammlung angenommen werden. Allgemein wurde die Meinung vertreten, daß wenn diese Unterstützung von Verbandsseite aus erhöht werde, eine geringere Beitragserhöhung nötig wäre, um die gleiche Unterstützung bieten zu können. Während man im Gau bei einer täglichen Unterstützung von 60 Pf. mindestens einen Beitrag von 15 Pf. pro Woche erheben müßte, dürften zur gleichen Leistung für das ganze Verbandsgebiet 10 Pf. genügen. Auch aus dem Grunde, daß nicht wieder wie früher bei den Arbeitslosenzuschüssen ein Ruherbunt entstehe, sei die Erhöhung verbandsseitig einzuführen. Gegner dieser Anregungen waren nicht vorhanden. Nur glaubten einige Kollegen wenig an eine Neigung der Verbandsleitung, auf die Anträge einzugehen, wogegen aber wieder betont wurde, daß doch sowohl für den Zentralvorstand wie auch für die Generalversammlungsdelegierten kein Zweifel darüber bestehen könne, daß bei der verteuerten Lebenshaltung eine Erhöhung der Unterstützung in Krankheitsfällen vor allem notwendig sei. Die Schädigung vieler Mitglieder durch die Einführung von Unterstützungsstellen in nur einzelnen Gauen wurde gleichfalls hervorgehoben und betont, daß man auch hier nach Zentralisation statt nach Dezentralisation streben solle. Verschiedene Redner traten dafür ein, die vorbereiteten Vorschläge zur Einführung der Unterstützung in Frage stehender Art im Gau Oberhein dem nächsten Gauskongress zu unterbreiten, damit im Fall einer abermaligen Ablehnung der Anträge durch die Generalversammlung wenigstens die Mitglieder unfres Gaus in den Genuß einer höheren Krankenunterstützung kommen. Nach ausgiebiger Besprechung der Frage wurde mit ziemlich großer Mehrheit folgender Antrag angenommen: „Die am 5. November 1910 im „Fierlingsaal“ tagende Versammlung des Ortsvereins Freiburg i. Br. beschließt: 1. In Erwägung der Tatsache, daß die den meisten Mitgliedern in Krankheitsfällen zustehenden Versicherungsbeträge den heutigen Lebensverhältnissen nicht mehr entsprechen, ist die Erlangung höherer Bezüge gerechtfertigt und demgemäß anzustreben. 2. Den einfachsten, billigsten und deshalb gangbarsten Weg zur Erreichung dieses Zweckes erblickt die Versammlung nicht in der Gründung von Gauszuschüssen, sondern darin, daß auf zentralen Wege, d. h. durch unsere Gesamtorganisation, die hierfür nötigen Maßnahmen getroffen resp. dahingehende Beschlüsse gefaßt werden. 3. Unbeschadet dieses Standpunktes soll der vorliegende Statutentwurf für eine Gauszuschußklasse der Ostern 1911 stattfindenden Hauptversammlung des Gaus Oberhein als Antrag unterbreitet werden. Die mit der eventuellen Annahme dieses Antrags ausgesprochene Gründung einer Gauszuschußkrankenkasse soll jedoch nur dann in Kraft treten, wenn von der Generalversammlung des Verbandes keine Erhöhung des Krankengeldes aus der Verbandskasse beschlossen wird. 4. Die Versammlung erucht den Gauvorstand, behufs Einleitung einer Agitation zwecks Erhöhung des Krankengeldes aus der Zentralkasse mit den übrigen Gauvorständen in Verbindung zu treten.“ Nachdem so der Gründung einer Gauszuschußkrankenkasse nur für den Fall zugestimmt worden war, daß die Erhöhung der Krankenunterstützung durch die nächstjährige Generalversammlung wider Erwarten nicht genehmigt werden sollte, nahm die Versammlung noch Stellung zu den §§ 2 und 3 des Entwurfs des Gauvorstandes, und zwar hauptsächlich, damit die übrigen Kollegen des Gaus Oberhein die Stellung der Freiburger Mitgliedschaft kennen lernen. Zum § 2 wurde von mehreren Rednern betont, daß man nicht anfangen solle, verschiedene Klassen von Mitgliedern zu schaffen, sondern nur eine Klasse für alle Mitglieder. Andererseits wurde dem entgegengehalten, daß mit Rücksicht auf die Unterschiede in der Entlohnung auch zwei Klassen gerechtfertigt seien, damit namentlich den mindere-

entlohnnten Kollegen die Beitragszahlung nicht zu schwer gemacht werde. Den Kollegen von Karlsruhe und Freiburg sei in ihren schon bestehenden örtlichen Zuschüssen ja die Möglichkeit gegeben, sich dem höheren Minimum entsprechend zu versichern. Bei der Abstimmung vereinigte ein Antrag auf allenfallsige Einführung nur einer Klasse die Mehrheit auf sich. Als Beitragsfuß wurde 15 Pfg. angenommen. Über den zu gewährenden Unterstützungsfuß soll die Gauerwaltung, wenn nötig, nochmals Berechnungen anstellen. Damit glaubte man die Stellung des Ortsvereins Freiburg genügend gekennzeichnet zu haben. Die Aussprache über diesen Punkt war eine gründliche, mitunter etwas leidenschaftlich, aber sachlich. Leider hatte die Versammlung, für die sogar ein größeres Lokal gewünscht worden war, nicht den erhofften Besuch aufzuweisen. Wenn bei einer solch tief einschneidenden Frage nur ein Drittel der Mitglieder es für notwendig hält, zu erscheinen, so ist das ein betrübendes Zeugnis für die Organisation. Auch die im Oktober stattgehabte Bezirksversammlung, bei welcher die Allgemeinheit interessierende Fragen nicht zur Beratung standen, litt unter schwachem Besuche. Dort wollte man die Schuld auf das gewünschte alkoholfreie Lokal schieben, aber die jetzige Versammlung hatte auch keinen besseren Besuch aufzuweisen. Es gibt eben auch in Freiburg Kollegen, die alles dem Vorstand überlassen, die aber dann, wenn einmal irgend etwas nicht in ihren Kram paßt, die ersten sind, die hinter dem Segelstern oder beim Bierglas über Vorstand, Versammlung usw. losziehen. Angesichts der ersten Zeit sollte man doch erwarten dürfen, daß sich alle Kollegen, alt und jung, in den Dienst der Verbandsache stellen. — Am 17. Dezember gibt die Gesangsabteilung im „Paulusaal“ ein sogenanntes Stuhlkonzert mit Solo- und Chorvorträgen an Stelle der sonst üblichen Weihnachtsfeier.

G. Gera. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung des Ortsvereins am 8. Oktober wurde beschlossen, einige Zeitschriften aus der Ortsvereins- an die hiesige Zentralbibliothek abzugeben. Weiter brachte Kassierer Kante noch einige kassentechische Maßnahmen zum Vortrag, die sich notwendig machten, um fäunige Kollegen an ein pünktliches An- und Abmelden bei Krankheit und Arbeitslosigkeit zu gewöhnen. — Der 30. Oktober vereinigte die Kollegen zu einem Wiederabend mit Tänzen im kleinen Saale der „Geinrichsbrüde“, der einen für alle Anwesenden in gleicher Weise zufriedenstellenden Verlauf nahm. Die Gesangsabteilung des Ortsvereins gestaltete durch ihre Wiederhaben das Vergnügen zu einem abwechslungsreichen. Mit dieser kleinen Festlichkeit war gleichzeitig das 25jährige Verbandsjubiläum des Kollegen Hermann Himmerlich verbunden, dem aus diesem Anlasse vom Ortsverein ein Diplom und von seinen Arbeitskollegen ein Geschenk überreicht wurden. Vom Gauvorstande war ein Glückwunschkarteogramm eingegangen. — In der letzten Versammlung am 5. November referierte unser Gehilfenvertreter König (Halle) über: „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“. Redner schilderte in seinem einbreiweitständigen Vortrage den Tarifvertrag speziell in unfrem und andren Gewerben. Langanhaltender Beifall wurde dem Referenten für seine trefflichen Ausführungen von der sehr stark besuchten Versammlung zuteil. Dem Vortrage schloß sich eine Diskussion an. Von einem eingegangenen Schreiben des Zentralvorstandes wurde Kenntnis genommen. Der Einladung des Ortsvereins zum 25jährigen Jubiläum soll durch Entsendung eines Vorstandsmitglieds entsprechen werden.

Sof. Am 7. November fand hier eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, zu welcher Gauvorsteher Seitz (München) erschienen war und sich in einem längeren, sehr angebrachten Referate über „Die gegenwärtige Situation und die bevorstehende Tarifrevision“ verbreitete. Nachdem er zunächst einige Ausführungen über die Gründungszeit und den Zweck des Verbandes, die bisherigen wirtschaftlichen Kämpfe sowie die Gründung der Prinzipalkasse, die Schließungszeit und die Vergünstigung des Gutenberggrundes usw. vorausgeschickt hatte, ging er zu dem eigentlichen Thema über. Die gegenwärtige Lage der Verhältnisse innerhalb unserer Tarifgemeinschaft fand ausgiebige Erwörterung. Kollege Seitz betonte das gute Einvernehmen der beiderseitigen Vertretungen, schilderte dann aber auch die Stellungnahme des Zentralverbandes deutscher Industrieller gegen die deutsche Buchdruckerarifgemeinschaft und wies auch auf die Einflüsse des Buchdruckervereins und andre Unterströmungen hin. Zum Schluß ermahnte der Redner recht eindringlich zur Einigkeit und zum festen Zusammenhalten. Die Worte des Kollegen Seitz fanden lebhaften Beifall. Die Versammlung, zu welcher auch ein Gutenberggünder und ein Nichtverbandsmitglied erschienen waren, war ausnahmsweise gut besucht. Nachdem Kollege Seitz noch einen kurzen Vortrag über „Neutralität innerhalb des Verbandes“ seinem Referate hatte folgen lassen, wurde die Versammlung geschlossen, um noch eine Ortsversammlung am 1. November abzuhalten, in der die tariflichen Verhältnisse am Orte besprochen und das Verhalten einiger Firmen zum Verbands bekräftigt wurde.

Höft. (Machinenmeisterverein. — Vierteljahrsbericht.) Der Besuch unserer letzten Monatsversammlungen kann als befriedigend bezeichnet werden. Mehrere Neuaufnahmen waren in jeder Versammlung zu verzeichnen. Die Pflege des Technischen ließ man sich auch sehr angelegen sein, und dies wird hoffentlich dazu beitragen, noch vorhandene Interesslosigkeit in etwas zu mindern. Am 1. November fanden sich etwa 50 Kollegen trotz der Ungunst der Witterung zu einer Besichtigung der Farben- und Walzenmassenfabriken von G. V. Lindgens

